



Der „Brexit“ – Die Frage nach dem „Warum“ und die Angst der EU vor den möglichen Folgen – Hintergründe und Ausblicke

Cathrin Scheugenpflug¹

November
2016

¹ Die Verfasserin ist Rechtsreferendarin im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf und setzte sich mit der im Beitrag behandelten Thematik im Rahmen ihrer Verwaltungsstation bei der Stabsstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik der Stadt Duisburg auseinander.



Einleitung

Brexit ist eine Wortneuschöpfung aus **"Britain" und "Exit"**. Kurz gesagt bedeutet Brexit, dass das Vereinigte Königreich, also Großbritannien, aus der Europäischen Union austreten möchte.

Knapp 52 Prozent der wahlberechtigten Bürger stimmten im historischen EU-Referendum am 23. Juni 2016 für die "Leave"-Kampagne.

Etwa 48 Prozent machten ihr Kreuzchen bei "Remain", was den Verbleib in der EU bedeutet hätte.

Was aber folgt nun dem offiziellen Referendum? Wie gestaltet sich der Austritt faktisch und was waren die Gründe für das Vereinigte Königreich, das Gebilde EU zu verlassen?

Ziel des vorliegenden Beitrages ist, sich diesen Fragen zu stellen und Antworten zu finden.

Insbesondere soll näher betrachtet werden, ob die Unzufriedenheit die zu dem Austritt geführt hat tatsächlich auf die fehlende Funktionalität der EU zurückzuführen ist, oder ob diese vielmehr auf der propagandistischen Stimmungsmache einzelner Parteien gründet, die sich dem Ziel verschrieben haben, die Souveränität der zugehörigen Staaten wiederherzustellen.

1. Bild über die antieuropäischen Propagandabewegungen und deren Inhalte in verschiedenen Ländern der EU insbesondere Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Österreich und Italien

Zunächst muss die Frage gestellt werden, was denn eigentlich die wesentlichen Ziele der EU sind um zu erläutern, weswegen sich einzelne Staaten, bzw. einzelne Bewegungen in den Staaten, innerhalb dieses Konstruktes nicht wohlfühlen und die Souveränität ihres Landes wiedererlangen möchten.

Zahlreiche Motive lassen sich für die europäische Einigung ins Feld führen. Diese Motive geben - neben den konkurrierenden politisch-institutionellen Leitbildern - Aufschluss



über die Triebkräfte und über die Zielrichtung der historischen Integrationsentwicklung Europas.

Zudem helfen sie, die Gestalt die das heutige Europa hat besser zu verstehen.

Im Überblick können sechs Motivbündel als wesentliche Triebkräfte für die europäische Einigung genannt werden:

- Friedenssicherung
- Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft
- Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes
- Mehr Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik
- Die Aussicht auf größeren Erfolg bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme
- Der Wunsch nach guter Nachbarschaft im zusammenwachsenden Europa.

Insbesondere das dritte Ziel der EU trifft einen Nerv bei den Bürgern, da es als wesentlichen gemeinsamen Nenner die einheitliche Währung der EU-Staaten, den Euro, beinhaltet.

In vielen europäischen Ländern zeigt sich das gleiche Muster.

Protestparteien formieren sich und kritisieren die etablierten Kräfte.

Häufig schlagen sie harte Töne gegen die Europäische Union und den Euro als Einheitswährung an.

Es ist generell nichts Neues, dass sich einzelne Parteien gegen das Establishment aufzulehnen versuchen und mit den gegebenen Umständen unzufrieden sind. Neu ist jedoch die immer lauter werdende Kritik an der EU all jener Strömungen und deren vehemente Ablehnung der Euro- Rettung.

Die österreichische, von Frank Stronach im Herbst 2012 gegründete Partei „Team Stronach“, besteht aus Überläufern aus dem rechtspopulistischen Lager. Namentlich der FPÖ und der BZÖ, der Partei des verstorbenen Rechtspopulisten Jörg Haider.

Die Partei steht eigenen Aussagen zu Folge für „Werte und Fairness“ und verlangt für jedes Land einen eigenen Euro, für den der Richtwert stets der deutsche Euro sein soll. Diese Maßnahme soll den Untergang Europas verhindern.



Das Motto des Parteivorsitzenden, der einst aus dem Nichts mit eigenem Verdienst Milliardär wurde, lautet: „Was in der Wirtschaft geht, geht auch in der Politik“ und möchte den Einfluss von Brüssel auf die Wirtschaft ebenso unterbunden wissen, wie jede Art der Zentralisierung.

Die Partei zieht mit ihren Wahlslogans vor Allem ehemalige BZÖ- FPÖ- und Volksparteiwähler an, die sich durch sie mehr Transparenz wünschen. Insbesondere auch hinsichtlich der vielfältigen Korruptionsfälle in Österreich in den letzten Jahren.

In Italien sticht besonders die „Fünf-Sterne-Bewegung“ unter dem Vorsitz von Guiseppe Grillo ins Auge.

Binnen 3 Jahren wurde er mit seiner Partei drittstärkste Kraft im italienischen Parlament. Grillo ist kein Berufspolitiker, engagiert sich offenkundig besonders gegen Korruption und die italienische Politik.

Die Bewegung sieht die Zukunft der Politik im Internet, in dem alle Bürger gemeinschaftlich Beschlüsse fassen.

Damit sollen die klassischen Berufspolitiker abgeschafft werden und Kürzungen im Bereich der Managergehälter und Parteifinanzierung umgesetzt werden.

Die Bewegung will über Italiens Verbleib in der EU abstimmen lassen und lehnt das europäische Sparprogramm vehement ab.

Sie setzt auf Umweltthemen und Einkommensumverteilung.

Mit diesen Vorhaben spricht die Bewegung ein breites Spektrum an Wählern an. Die „Fünf-Sterne-Bewegung“ ist ein buntes Durcheinander aus enttäuschten Linken, ehemaligen Berlusconi-Wählern und solchen, die enttäuscht von der aktuellen Regierung sind, insbesondere junge Wähler fühlen sich von den Inhalten angesprochen.

In Deutschland steht für antieuropäische Zielsetzungen insbesondere die „Alternative für Deutschland“.

Ende 2012 gegründet wettet die Partei gegen nahezu alles, was die EU ausmacht.



Neben Euro und dem Ausschluss der südländischen Mitgliedsstaaten aus der EU, soll die EU einen wesentlichen Teil ihrer Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten zurückgeben.

Weiterhin soll der Bau von Minaretten ebenso verboten werden wie der Körperschaftsstatus islamischer Organisationen.

Das Schlagwort „maßvolle Einwanderung“ umschreibt den radikalen Stopp der Aufnahme von Flüchtlingen, den die Partei fordert.

Hilfesuchende sollen erst gar nicht nach Deutschland kommen, über die Asylanträge soll bereits in den Herkunftsstaaten entschieden werden. Für die Einhaltung dieser Vorgaben soll ein „Flächendeckender, deutscher Grenzschutz unter dem Dach der Bundespolizei“ aufgebaut werden und hierfür nach österreichischem Vorbild Wehrpflichtige herangezogen werden.

Weitere prägende Ziele der Partei sind die geplante Rücknahme des Atomausstiegs, ebenso wie die Rücknahme vom Erneuerbare-Energien-Gesetz und damit der Energiewende.

Das größte Wählerpotenzial hat die Partei wohl bei ehemaligen Linkswählern sowie den Rechtskonservativen der Union.

In Frankreich steht hinsichtlich der Frage nach europakritischen Parteien der „Front Nationale“ im Fokus.

Auch die Partei unter der Führung von Marin Le Pen glaubt, dass durch Zuwanderung die nationale Marktwirtschaft zerstört würde, was wiederum zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führe.

Sie fordert ebenfalls die „geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes“. Sie möchte die Wiedereinführung der nationalen Währung.

Die Ablehnung einer wirtschaftlichen Globalisierung gründet vor Allem in der propagierten Parteilinie des Protektionismus. Demnach soll durch Maßnahmen in Form von Handelshemmnissen versucht werden, ausländische Anbieter auf dem Inlandsmarkt zu benachteiligen, um den inländischen Markt zu schützen.

Hierzu solle beispielsweise die Erhebung bestimmter Schutzzölle beitragen.



Unterstützt wird dieses Vorhaben durch ein weiteres zentrales Konzept des „Front Nationale“, wonach die Franzosen nationalistisch bevorzugt werden sollen.

Französische Staatsbürger sollen demnach bei der Arbeitssuche und Sozialleistungen gegenüber Nichtfranzosen bessergestellt werden.

Weiterhin werden Austritte aus EU und Nato gefordert.

Zu guter Letzt nun die „United Kingdom Independence Party“ kurz Ukip, ehemals unter der Leitung von Nigel Farage, seit dem Referendum über den Ausstieg aus der EU, mit kurzzeitiger Unterbrechung durch eine 18-Tage Führung Diane James', führungslos.

Als Anti-Europa-Partei feierte sie seit 2013 bei den Regionalwahlen einen Triumph nach dem Anderen.

Seit dem Brexit-Votum ist die Partei jedoch in eine Sinnkrise gestürzt.

Ein Kommentator im Economist bezieht wie folgt Stellung: „Die Partei ist gleichzeitig libertär und autoritär. Sie predigt individuelle Freiheiten, in ihr sind aber auch Bewunderer von Wladimir Putin. Sie möchte den nationalen Gesundheitsdienst privatisieren, außer dann, wenn sie es nicht möchte. Aus den Reihen der Partei kommen gleichzeitig Stimmen, die eine Besteuerung von Luxusgütern fordern und Forderungen nach Steuerermäßigungen für Reiche“.

Vor dem Votum war das Erfolgsrezept der Partei vornehmlich die Vermengung der beiden Themenbereiche Immigration und britische EU-Mitgliedschaft.²

Verwunderlich ist die feindselige Stimmung der Ukip jedoch insbesondere im Hinblick darauf, dass Großbritannien weder Mitglied der Währungsunion und damit unabhängig von den fiskal- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EU und denen der europäischen Zentralbank ist und seine eigenen Währung behalten hat, als auch dass es nicht Teil des Schengenraumes ist und jeder EU-Bürger sich bei Ein- und Ausreise daher ausweisen muss. Ebenfalls hat sich der Inselstaat an der Flüchtlingsaufnahme so gut wie nicht beteiligt.

² Alexander Niedermeier und Wolfram Ridder, Das Brexit- Referendum, S.20



Dennoch standen Asylfragen im Vordergrund der Wahlschlacht. Mögliche Veränderungen bei diesem Thema – etwa eine Visa-Liberalisierung für Türken oder etwaige islamistische Terroranschläge bei der Fußball EM in Frankreich- hätten nach Analysen von Experten bis zur Abstimmung das Brexit-Lager wieder stärken können.

Zudem hatte Großbritannien seit Anfang 2016 eine „Notbremsen“-Funktion: Würde die Zuwanderung auf ein „ungewöhnliches Maß“ steigen, könnte seitens Großbritanniens ein „Schutzmechanismus“ beantragt werden, der unter anderem die Streichung von Sozialleistungen für EU-Ausländer implizierte.

Diese Zugeständnisse wurden von der EU gemacht, um die Kampagne des Brexit-Gegners Cameron zu stärken.³

Nachdem nun die EU-Mitgliedschaft Geschichte ist, ist die Partei in einer Neustrukturierung begriffen die klären soll, wie sich die Partei in der Zukunft politisch ausrichten wird.

Sogar die Möglichkeit einer libertären Richtung besteht nach Angaben verschiedener Medien durchaus.

Zeigt diese Geschichte, dass die Protestbewegungen tatsächlich reine Protestbewegungen ohne eigene politische Vorhaben sind?

Ist es tatsächlich die EU, die mit ihrer Arbeitsweise und ihren politischen Maßstäben für die Unzufriedenheit der Menschen sorgt oder ist es vielmehr die laute Stimme der Gegner, die sich auflehnen und mit Schlagworten wie „Nationalstolz“ und „Selbstbestimmung“ einen Nerv in den verunsicherten Menschen treffen, die nicht wirklich wissen was die EU ist, was sie tut oder nicht tut und die diese Unsicherheit nutzen, um Wahlerfolge zu erzielen ohne den Menschen auch die etwaigen Konsequenzen vor Augen zu führen?

³ Merkur, Ergebnisse, Gründe, Folgen: Das müssen Sie zum Brexit wissen, 22.08.2016



2. Inwiefern hat Europa Mitschuld an der aktuellen Stimmung in der EU?

Lässt sich die aktuelle Stimmungslage nur auf die von der EU gemachten Fehler zurückführen?

Jochen Bittner hat hierzu in seinem Buch „So Nicht, Europa“⁴ folgende Feststellung getroffen: „Die EU regelt das Kleine zu groß und das Große zu klein. Sie regelt das Weiche zu hart und das Harte zu weich. Und sie bewegt sich oben zu schnell und unten zu langsam“.

Damit ist gemeint, dass die EU sich verzettelt in ihrer Wunschvorstellung, alles einheitlich, nach den Standards der westlichen Welt zu regeln.

Sie ergeht sich in endlosen Debatten darüber, die Länge der europäischen Babypause zu harmonisieren, initiiert eine Debatte über Stress am Arbeitsplatz, verbietet den Verkauf von Kautabak oder beschließt das Aufdrucken schockierender Bilder auf Zigarettenschachteln um dem Rauchen Einhalt zu gebieten, bewilligt ein Millionenprogramm, um Schulen mit Obst zu versorgen oder verhandelt über ein Gesetz zur Verletzungsverhütung durch Nadelspitzen in Krankenhäusern.

Das Problem der EU ist, dass ihre Gründungszwecke, die ich bereits oben erwähnt habe, erreicht wurden.

Frieden, Wohlstand und Freiheit im Wesentlichen.

Was also ist das Problem der Gegner am System EU?

Möglicherweise ist es die fehlende Mitwirkungsbefugnis des Einzelnen am Geschehen in Brüssel die verunsichert und Fragen aufwirft.

Dazu nur einige Fakten:

Zunächst ist, im Unterschied zu nationaler Handhabe, keiner der 27 Kommissare der EU-Kommission vom Volk gewählt.

⁴ Jochen Bittner, So Nicht Europa! Die drei großen Fehler der EU, dtv 2010



Sie werden von den Staatschefs der EU benannt und vom Europäischen Parlament in einem eher rituellen Anhörungsverfahren bestätigt.

Wenn einer von ihnen kommt oder geht, bemerkt das kaum ein Bürger.

Den eigenen nationalen Kommissar mag die Öffentlichkeit vielleicht noch kennen, die der anderen Staaten jedoch im Zweifel nicht.

In Deutschland hat die Vertretung der Bürger durch die Politiker einen überschaubaren Ereigniszeitraum von jeweils 4 Jahren, die europäischen Institutionen hingegen tragen den Charakter einer dauerhaften paternalistischen Vertretung.

Ein einmal eingesetzter Kommissar hat keine Angst vor den Bürgern oder der Rechenschaft die er diesen ablegen muss, sondern nur vor dem Unmut seines und anderer Regierungschefs, da diese allein seine Wiederwahl gefährden können.

Jedoch besitzt die Kommission, trotz mangelnder demokratischer Legitimation auf dem gemeinschaftspolitischen Feld einige scharfe Schwerter, die sie ohne vorherige Einwilligung der Mitgliedsstaaten zücken darf.

Allein zwischen 2005 und 2008 verhängte sie zum Beispiel wegen illegaler Preisabsprachen zwischen Unternehmen Kartellbußen in Höhe von fast 3,5 Milliarden Euro.⁵

Die Abgabe nationalstaatlicher Souveränität zieht offensichtlich unausweichlich eine Preisgabe von Volkssouveränität nach sich, die besonders einzelnen wirtschaftlich stärkeren Nationen unnatürlich erscheint.

Daher ist die Abgabe von Macht an eine supranationale Organisation für Viele schlicht nicht nachvollziehbar, da sie eigentlich nicht nötig wäre.

Gerade bei den Briten wird Nationalstolz jedoch großgeschrieben.

Es gibt Studien die besagen, dass sich etwa zwei Drittel kein bißchen europäisch, sondern vielmehr dem Commonwealth verbunden fühlen.

Großbritannien war einst eine Weltmacht, das -British-Empire- und auch wenn London heute nichts mehr zu sagen hat in Kanada, Indien oder Australien, glauben offenbar viele Briten immer noch, dass sie außerhalb der EU mehr Einfluss hätten.

⁵ Jochen Bittner, So Nicht, Europa!



Ist es daher dem Stolz der Menschen zuzurechnen, dass das Referendum für einen Austritt aus der EU mit einem „ja“ beschieden wurde?

Oder ist es vielmehr so, dass der Einzelne sich mit einer solchen Vielzahl an einzuhaltenden und umzusetzenden Reformen und Auflagen konfrontiert sieht, dass er völlig verunsichert ist?

Giles Merrit, Generalsekretär des EU-freundlichen Netzwerks Friends of Europe sagte dazu: „Der Europäische Rat ist eine Geheimgesetzgebungsmaschine, wie sie in vergleichbarer Form nur noch in Pjöngjang steht“.

Tatsächlich sind zwischen den Jahren 1998 und 2004 insgesamt 18.167 EU-Verordnungen und rund 750 EU-Richtlinien erlassen worden.

Das hört sich zunächst einmal viel an, jedoch seien ein Großteil dieser Verordnungen Regelungen die den Agrarmarkt betreffen oder Normierungen für alle möglichen Produkte gewesen für Kühlschränke, Traktorensessel, für Baubeton, für Gemüse oder für Arbeitskleidung.⁶

Viele Industrienormen, die früher die Nationalstaaten für sich setzten, werden Stück für Stück in Brüssel harmonisiert um einen einheitlichen, reibungslosen europäischen Binnenmarkt zu ermöglichen. Das erklärt die Regelungsflut, die sich aus Brüssel ergießt.

Wirklich bewegende politische Materie hingegen wie das Steuer-, Familien-, Bildungs-, oder Gesundheitsrecht sind nationale Angelegenheiten geblieben – wenngleich Europa auch für die Mehrwertsteuer und die Tabaksteuer eine Grenze nach unten vorgibt, um zu verhindern, dass einzelne Mitgliedsstaaten durch Dumpingsteuersätze unfaire Wettbewerbsvorteile ergattern.

Ohne diese Erklärung haben die ausgewiesenen Zahlen jedoch deutliches Gewicht und so ist es nicht verwunderlich, dass die britischen Ukip, ebenso wie die Anhänger vieler anderer Protestbewegungen, sich diese Zahlen zu Nutze machen und den Bürger damit verunsichern.

⁶ Bt-Drs. 15/5434 v. 6.Mai 2005, Nr.21



Das wohl größte Problem der EU besteht jedoch in der mangelnden Bürgernähe, die von vielen EU-Bürgern angeprangert wird.

In einem Interview mit der WELT konstatierte die EU-Kommissarin Viviane Reding, sie sei besorgt über das schwindende Vertrauen in Europa. Die Bürger wüssten zu wenig über die EU und was ihre Rechte sind.

So sei beispielsweise die Freizügigkeit innerhalb der EU ein theoretisches Recht jedes Bürgers, in der Praxis jedoch sähen sich die Menschen oft Hürden gegenüber, die beispielsweise darin bestünden dass Praktikanten im Ausland oft nur als billige Arbeitskräfte ausgenutzt würden, der Arztbesuch im Ausland häufig zu Problemen führe und Bürger in Internetfallen ausländischer Betrüger tappten.

Auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit sei in Brüssel hinlänglich bekannt und man würde Lösungen erarbeiten.⁷

All diese Aspekte nehmen die Propagandabewegungen gern her um neue Mitstreiter zu werben.

Die Erfolge der EU und der Wohlstand der sich aus dem Zusammenschluss ergeben hat, wird wenig bis gar nicht gesehen und wertgeschätzt.

Sicherlich ist die EU nicht perfekt und muss sich immer wieder selber auf den Prüfstand stellen, jedoch hat sie in der Summe dafür gesorgt, dass die Bürger in Frieden und Sicherheit leben.

Auch im Hinblick auf die Ferne zu den Bürgern, die sich automatisch daraus ergibt, dass die EU in den vergangenen Jahren mit Krisen aller möglicher Arten zu kämpfen hatte und dadurch wesentliche Belange des Einzelnen in den Hintergrund gestellt werden mussten, kann nicht außer Acht gelassen werden, dass sich auch für den Einzelnen im Hinblick auf Grundwerte wie Freiheit, Sicherheit, Freizügigkeit und Wirtschaft ein deutlich höheres Maß an Vertrauen ergibt.

⁷ Viviane Redig in: N24 die Welt am 09.05.2013



Was aber ist neben dem gesicherten Frieden und der Ruhe an den Grenzen noch von Vorteil an der EU?

Zum Einen haben einzelne Staaten im Vergleich zu einem Staatenverbund, wie die EU gerne im Vergleich zu Staatenbund und Bundesstaat bezeichnet wird, eine deutlich schlechtere Verhandlungsposition.

In politischen Verhandlungen über Freihandel, Klima oder Datenschutz haben europäische Einzelstaaten ganz schlechte Karten im Vergleich zu den Giganten Brasilien, China oder den USA. Europa kann in diesem Verhandeln der Großmächte nur dann eine Rolle spielen, wenn es als Einheit auftritt, die im Namen von 510 Millionen Menschen spricht.

Beim wohl stärksten Argument der antieuropäischen Bewegungen, nämlich der Frage nach der Währungsunion mit einheitlicher Währung, wird häufig übersehen, welche positiven wirtschaftlichen Wirkungen der Euro gebracht hat. Er hat zu sinkenden Handelskosten geführt und damit geringeren Zinsen geführt, wodurch die europäische Wirtschaft stärker wuchs. Und bei allen Problemen in Südeuropa haben die europäischen Schuldenregeln insgesamt doch die Wettbewerbsfähigkeit vieler Euro-Staaten erhöht.

Ohne den Druck aus Europa hätten viele Länder durchaus weniger Reformen durchgesetzt.

Auch hat die Währung die Eurostaaten in der Finanzkrise vor Wechselkursschwankungen geschützt, die die Krise verschärft hätten.

Hinsichtlich der europäischen Infrastruktur hat Brüssel seit 1994 110.000 Kilometer Straßen finanziert, die dafür sorgen, dass die Freizügigkeit auch gelebt werden kann.

So ist es wohl in weiten Teilen die Unwissenheit und Undankbarkeit des Bürgers, die zu Unzufriedenheit führt. Und eben diese Unzufriedenheit haben sich die antieuropäischen Bewegungen zu propagieren auf die Fahne geschrieben, ohne auch auf den Nutzen und die Vorteile hinzuweisen.

Neben diesem Handeln spielt auch die Unzufriedenheit der Bürger mit den nationalen Regierungen eine Rolle.



Die Flüchtlingsfrage ist dabei derzeit zentrales Thema und wird selbstverständlich von den Parteien, die gegen den Bestand der EU sind hergenommen, um noch mehr Wut und Ärger bei den Bürgern zu schüren.

Selbstverständlich hat Europa Mitschuld an der aktuellen Stimmung; die Frage ist nur, ob eine andere Handhabung möglich ist und erwartet werden darf angesichts der stürmischen Umstände, der sich die EU gegenwärtig und in der jüngeren Vergangenheit gegenüber gesehen hat.

3. Wie funktioniert der Austritt aus der EU rechtlich und lassen die Verträge einen bedingungslosen Austritt zu oder muss die EU Zugeständnisse an Großbritannien machen?

Das Recht zum Austritt aus der EU steht jedem Mitgliedsstaat zu. Einen Grund für den Austritt braucht er dabei nicht. In Absatz 1 des Artikels 50 des Vertrages von Lissabon heißt es: „Jeder Mitgliedsstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten“.

Diese ausdrückliche Regelung gilt erst seit 2009. Allerdings gingen die meisten Juristen auch vorher davon aus, dass ein EU-Austritt möglich ist. Das Bundesverfassungsgericht hatte schon 1993 in seinem „Maastricht-Urteil“ zur Gründung der EU angemerkt, dass die Mitgliedsstaaten als „Herren der (europäischen) Verträge“ ihre Mitgliedschaft auch wieder beenden könnten. Das sei Teil ihrer Souveränität.

Der Austritt Großbritanniens erzwingt allerdings nun eine Konfrontation der Mitgliedsstaaten mit den bisher nie genutzten, zweijährigen Modalitäten gemäß Art. 50 des Lissabon-Vertrages zum Ausstieg aus der EU.

Das bedeutet zunächst einmal, dass Großbritannien mindestens die nächsten 2 Jahre Mitglied der EU bleibt und auch weiterhin seinen Beitrag zum EU-Haushalt zahlen muss. Eine Verlängerung dieser Frist ist mit Zustimmung aller Mitgliedsstaaten auch verlängerbar.

Ziel dieser Verhandlungen wird ein „Austrittsabkommen“ sein, dem am Ende sowohl das Vereinigte Königreich, als auch die EU zustimmen muss.

Auf Seiten der EU muss das Europäische Parlament und mindestens 20 der 27 übrigen europäischen Regierungen im Rat der Europäischen Union zustimmen.



Die zustimmenden 20 Regierungen müssen zusätzlich mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren- nach dem Prinzip der „doppelten Mehrheit“.

Was jedoch passiert, wenn man sich innerhalb dieser 2-Jahres-Frist nicht auf ein Abkommen einigen kann?

Das würde dann den automatischen Brexit nach sich ziehen. Absatz 2 des Art.50 des EU-Vertrages sieht dann einen Austritt ohne weitere Einigungen vor.

Nur so kann garantiert werden, dass der austrittswillige Staat auch austreten kann, ohne letztlich von der Zustimmung der anderen Mitgliedsstaaten abhängig zu sein.

Stichtag für dieses Vorgehen wäre allerdings nicht der Tag des Referendums, sondern der Tag der offiziellen Austrittsmeldung des Staates.

Das Austrittsabkommen regelt nach der Vorstellung des Gesetzgebers „die Einzelheiten des Austritts“.

Neben dem Zeitpunkt wann der Austritt wirksam sein soll könnte es also beispielsweise um Übergangsregelungen gehen, die in den 2 Jahren zwischen Ankündigung des Austritts und dem Fristablauf zum Tragen kommen sollen.

Ebenso könnten Regelungen bezüglich des Warenverkehrs und der Freizügigkeit bezüglich bereits in Großbritannien lebender EU-Ausländer getroffen werden.

Inwieweit in dem Austrittsabkommen auch dauerhafte Regelungen vereinbart werden können, die über die Phase der Verhandlungen hinausgehen, ist derzeit noch unklar.

Viele Brexit-Anhänger wünschen sich auf wirtschaftlicher Ebene weiterhin eine enge Zusammenarbeit und sind Befürworter des „Gemeinsamen-europäischen Binnenmarktes“.

Fraglich ist jedoch, ob die Mitgliedsstaaten mit einer solchen Regelung einverstanden sein werden.

Immerhin würde das bedeuten, dass der Austrittskandidat sich der Pflichten als Mitgliedsstaat entledigt, sich aber den Besitz der wichtigsten Rechte erhält.

Während der Übergangszeit bleiben die Briten verpflichtet EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen; beispielsweise die Verbraucherrechte der europäischen Verbrauchsgüterkaufrichtlinie.



Nach dem Austritt können diese jedoch wieder abgeschafft werden.

Hinsichtlich der Zwischenzeit in der Großbritannien weiterhin Mitglied der EU bleibt, stellt sich die Frage wie die Mitwirkungsrechte innerhalb der Institutionen aussehen, denen das Land noch beisitzt.

Da nirgendwo in den europäischen Verträgen etwas anderes geregelt ist, dürfte der britische Premierminister bis zum endgültigen EU-Austritt weiterhin an den Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im „Europäischen Rat“ teilnehmen.

Gleiches gilt für den britischen Minister im „Rat der europäischen Union“.

Problematisch ist hieran insbesondere, dass hier unter Umständen ein Druckmittel entsteht, welches die Briten hernehmen könnten um sich Vorteile in den Verhandlungen über den Austritt zu sichern.

Insbesondere wäre dies immer dann der Fall, wenn eine Entscheidung Einstimmigkeit erfordert, was immer dann der Fall ist, wenn es um den finanziellen Rahmen der EU sowie steuerliche Fragen geht.

Letztlich ist die EU nicht gezwungen, Zugeständnisse an Großbritannien zu machen. Lässt sie die Frist zur Unterzeichnung einer Vereinbarung verstreichen, vollzieht sich der Austritt automatisch ohne jedes Zugeständnis. Dies wird gemeinhin als „wilder Austritt“ bezeichnet.

Bislang jedoch ist die formelle Austrittserklärung seitens der britischen Regierung nicht erfolgt.

Wann damit zu rechnen ist, ist seit dem 03.11.2016 noch deutlicher als bisher in Frage gestellt.

Bislang hatte nur die Regierung unter Berufung auf das Referendum den Austritt aus der EU gebilligt.

Der High Court in London hat nun jedoch entschieden, dass nicht nur die Regierung für den Austritt sein muss, sondern ebenfalls das Parlament, dem jedoch viele Brexit-Gegner angehören.



Fraglich ist seitdem einmal mehr, ob sich der Brexit noch abwenden lässt und die britische Regierung vorschnell einen sicheren Ausstieg propagiert hat.

Der „Spiegel“ nahm hierzu in seiner Ausgabe vom 03.11.2016 wie folgt

Stellung: „Damit (dem Exit vom Brexit) ist nicht zu rechnen. Die britische Regierung braucht die Zustimmung des Parlaments, bevor sie den EU-Austritt in Brüssel offiziell beantragt - so hat es der High Court in London entschieden. Das gibt den Abgeordneten mehr Macht.

Klar ist aber auch: Um die Frage, ob die Parlamentarier den Brexit grundsätzlich ablehnen, geht es nicht.

Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union noch abgewendet wird. Zwar würden die meisten Mitglieder des Unterhauses das Königreich lieber weiter in der EU sehen. Viele halten es jedoch für undemokratisch, das Referendum vom Juni und die Abstimmungsergebnisse in ihren eigenen Wahlkreisen zu ignorieren. Nur eine Minderheit setzt weiter auf einen Brexit-Stopp.

Eine weitere gerichtliche Instanz gibt es noch, der Supreme Court wird voraussichtlich am 7. Dezember bemüht. Sollte das höchste Gericht des Landes die Entscheidung des Gerichts in London dann bestätigen, dürfte das die Diskussionen über die Bedingungen des EU-Ausstiegs verschärfen. Das Unterhaus könnte die Regierung nun dazu drängen, alle Ziele und Absichten offenzulegen - bevor sie in offizielle Verhandlungen mit Brüssel eintritt.“

Auch ohne die konkrete Gefahr des Widerrufs des Referendum-Ergebnisses, könnte sich der Eintritt in die Austrittsverhandlungen, den Premierministerin Theresa May bis spätestens Ende März 2017 angekündigt hatte, deutlich verzögern.

„Das ist durchaus möglich. Sollte der Supreme Court im kommenden Monat das Urteil bestätigen, dürfte Theresa Mays Zeitplan kaum zu halten sein.“, so der Spiegel.

"Dieser Prozess könnte sich über ein Jahr hinziehen", sagt Tim Bale, Politikwissenschaftler an der Londoner Queen Mary University.

Er geht davon aus, dass May im Unterhaus eine klare Mehrheit für ihren Kurs hätte.



"Die meisten konservativen Abgeordneten unterstützen sie und auch viele Labour-Parlamentarier sind wegen des Drucks aus ihren Wahlkreisen für den Brexit", so Bale.

„Probleme könne May aber im Oberhaus, dem House of Lords, bekommen“, sagt der Politikwissenschaftler. „Dort gebe es viele Brexit-Gegner, die den EU-Austritt zwar nicht verhindern, aber zumindest verzögern könnten.“

Es ist ein Rückschlag für die Premierministerin. Bislang konnte May ihre Pläne relativ ungestört von Opposition und EU-Befürwortern vorantreiben. Eine Abstimmung im Parlament wollte sie unbedingt vermeiden. Doch nun könnte sie dazu gezwungen werden.

Möglich ist, dass die Abgeordneten neben einer Verzögerung auch inhaltlich Einfluss auf den Brexit-Antrag nehmen. So könnten sie die Regierung zwingen, in Zukunft eine engere Beziehung zur EU zu pflegen, als May es will.

Ausblick

1. Wie sieht jedoch nun die Zukunft Europas unter dem Eindruck dieses gewaltigen Ereignisses aus und was bedeutet der Ausstieg Großbritanniens für den Staat selbst und für die anderen Mitgliedsstaaten?

Derzeit ist schwer abzusehen, welche Folgen sich im Verlauf der Verhandlungen über den Ausstieg für die anderen Mitgliedsstaaten ergeben werden.

Daher sind nur mögliche Folgen und Szenarien zu entwerfen und die Frage zu stellen, wie man ihnen begegnen wird.

Ohne neue Vereinbarungen gilt jedoch zunächst Folgendes:



Das aus den „Europäischen Grundfreiheiten“ folgende Recht aller EU- Bürger, sich in Großbritannien niederzulassen, dort zu leben und zu arbeiten, würde nach dem Ausstieg nicht mehr gelten.

Hier bleibt jedoch zu hoffen, dass der Druck britischer Arbeitgeber, ihre Arbeitnehmer aus dem Ausland weiterhin ohne das Erfordernis einer Arbeitsgenehmigung beschäftigen zu dürfen dazu führen dürfte, dass die britische Regierung hier maßvoll Zugeständnisse macht.

Laut statistischem Bundesamt waren zwischen Januar und März 2016 knapp 2,1 Millionen EU-Ausländer in Großbritannien beschäftigt. Diese innerhalb von 2 Jahren, die die Austrittsverhandlungen dauern dürfen, in gleichbleibender Qualität zu ersetzen dürfte ebenso schwierig sein, wie quantitativ Ersatz zu finden.

Auch ohne Einigung mit der EU ist es allerdings den Briten belassen, Regelungen für den Umgang mit ausländischen Arbeitern zu treffen und gegebenenfalls auch Ungleichbehandlungen der verschiedenen Nationalitäten zuzulassen und allein nach Bedarf und Qualifikation über einen Verbleib zu entscheiden.

Für europäische Touristen wird sich vermutlich nichts Grundlegendes ändern. Eine allgemeine Visumpflicht für das Vereinigte Königreich erscheint unwahrscheinlich, da die zu erwartenden Auswirkungen auf den Tourismus folgeschwer sein dürften.

Grenzkontrollen gibt es wie bereits erwähnt ohnehin aufgrund der Nichtzugehörigkeit Großbritanniens zum Schengen-Raum.

Wirtschaftlich sehen die Folgen allerdings insbesondere für Großbritannien verheerend aus.

Mehr als die Hälfte aller britischen Exporte gehen derzeit in die EU-Staaten, was einem Anteil von 15% des britischen Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Importtechnisch beläuft sich der Anteil an eingeführten Waren aus der EU auf mehr als die Hälfte.

Dies zeigt einmal mehr die enge wirtschaftliche Verbundenheit Großbritanniens mit der EU.



Es ist nicht schwer zu erkennen, wie schwerwiegend die Folgen eines Ausscheidens aus dem europäischen Binnenmarkt für die Briten wären.

Hier wird daher großes Augenmerk auf die Austrittsverhandlungen gelegt werden.

Einer Studie des ifo Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung⁸ zufolge werden drei Szenarien für möglich gehalten.

Zunächst könnte ein „sanfter Ausstieg“ vereinbart werden. Danach erhalte Großbritannien einen ähnlichen Status wie die Schweiz und Norwegen, die Handelsabkommen mit der EU haben.

Vorteil aus britischer Sicht wäre dabei die Zollfreiheit.

Diese Regelung würde allerdings Fragen über sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie beispielsweise die Kennzeichnungspflicht von Produkten oder die Einhaltung von Umweltstandards aufwerfen.

Denn wenn diese Regeln nicht mehr einheitlich geregelt sind – wegen des Brexits – entstünden für die Unternehmen zusätzliche Kosten durch die unterschiedliche Kennzeichnung gleicher Produkte auf verschiedenen Märkten.

Anders verhält es sich mit Szenario 2, dem „harten Ausstieg“. Hier gäbe es kein spezielles Handelsabkommen und die Waren verteuerten sich durch die Zahlungspflicht von Zöllen.

Noch schlimmer und damit drittes mögliches Szenario wäre der Verlust aller Privilegien, die sich aus den 38 existierenden Handelsverträgen der EU mit anderen Staaten ergeben.

Selbst im günstigsten Fall hätten die Briten also deutliche Nachteile zu verschmerzen. In Zahlen ausgedrückt und unter Zugrundelegung des „sanften Ausstiegs“ lägen die Verluste beim Bruttoinlandsprodukt laut der Studie für die britische Volkswirtschaft im Jahr 2030 zwischen 0,6 und 3%.

Die größten Verlierer sind in jedem Fall die Landwirte Großbritanniens.

Bis zu 50% ihres Einkommens stammt derzeit aus europäischen Fördergeldern.

⁸ Policy Brief #2015/05; Brexit- Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts



Wenn Großbritannien diese Subventionierung nicht übernimmt, können sich laut einer Studie des Londoner *Thinks Tanks Agrar Europe* nur die „Super-Effizienten“, „die oberen 10%“ im Preiskampf halten und überleben.

Mit dem Vereinigten Königreich scheidet die zweitgrößte Volkswirtschaft aus der Union aus und damit auch einer der größten Nettozahler.

2013 betrug der Nettobetrag Londons an die EU rund 10,8 Milliarden Euro.

Neben diesem Verlust werden auch die EU-Unternehmer höhere Kosten in Kauf nehmen müssen, wenn sie weiterhin Waren von der Insel kaufen wollen.

Dies hängt, im Umkehrschluss zu soeben Gesagtem, damit zusammen, dass die Unternehmen mögliche Zölle oder andere Standards auf dem britischen Markt in ihre Kalkulationen mit einbeziehen müssen.

Nach der Studie gäbe es jedoch erhebliche regionale Unterschiede in den Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt.

Während Deutschland mit einem Minus von 0,1 – 0,4 % rechnen müsste, hätte Irland einen Rückgang seiner Wirtschaftskraft von bis zu 2,7% zu verkraften.

Fest steht wohl zum jetzigen Zeitpunkt jedoch zumindest eines:

Der Plan der britischen Regierung, einerseits die Zuwanderung aus der EU zu beschränken und andererseits weiter Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu erhalten, kann nicht aufgehen. Sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen anderer EU-Staaten haben wiederholt betont, dass sie an dieser Stelle nicht nachgeben werden.

Ein mögliches Problem für die verbliebenen EU-Staaten könnte jedoch sein, dass der Ausstieg Großbritanniens Signalwirkung für andere Staaten haben könnte, in denen ähnliche Unzufriedenheit wie in Großbritannien herrscht.

Es steht zu befürchten, dass hier eine Sogwirkung eintritt, die andere Staaten ebenfalls zu einem überstürzten Austritt bewegt.



Die Dringlichkeit dieser Gefahr steht jedoch wohl erst dann zur Debatte, wenn die genauen Modalitäten des Ausstiegs und die damit für das Vereinigte Königreich verbundenen Konsequenzen feststehen.

Derzeit stehen die verbliebenen Mitgliedsstaaten auf dem Standpunkt, dass ein Austritt aus der Gemeinschaft keinesfalls zur Folge haben darf, dass Großbritannien weiterhin freien Zutritt zum Binnenmarkt behält.

In einem kürzlich zwischen Britanniens Außenminister Boris Johnson und dem italienischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Carlo Calenda, stattgefundenen Treffen irritierte Johnson mit seiner Aussage, der „Prosecco-Absatz“ Italiens wäre wohl nur ein Grund mehr für Italien, den Verbleib im Binnenmarkt vor dem europäischen Rat zu bestärken.

Die Antwort des Italieners auf diese Aussage war knapp aber bezeichnend: „Es mag sein, dass wir dann weniger Prosecco nach Großbritannien verkaufen, ihr jedoch verkauft nicht nur an uns, sondern an 27 andere Staaten auch weniger Fish and Chips“.

Damit wird deutlich, dass Großbritannien nach dem Brexit einen Alleingang vor sich hat, in dem es sich gegen 27 andere Staaten der EU und alle nicht der EU zugehörigen Staaten der Welt behaupten muss.

Derzeitige Prognosen hinsichtlich des britischen Haushalts sehen nach Aussagen der Financial Times wie folgt aus: „der britischen Regierung droht ein gigantisches Haushaltsloch von 116 Milliarden Euro. Hauptrisiko hierbei sind sinkende Steuereinnahmen, da infolge des Brexits das Wirtschaftswachstum deutlich sinken könne und Investitionen abnehmen könnten“.

Hier zeigt sich also erneut, dass zwar prognostiziert werden kann wie es weitergehen wird und inwieweit sich der Brexit auswirken wird, jedoch werden Tatsachen erst geschaffen, wenn der Austritt vollzogen und alle zukünftigen, derzeit noch unklaren Bedingungen ausgehandelt sind.

Dies wird auch entscheidendes Kriterium dafür sein, ob andere Staaten dem Beispiel Großbritanniens folgen und ebenfalls aus der Gemeinschaft austreten werden.

Sicherlich besteht aufgrund oben bereits diskutierter Bewegungen das Risiko, dass in anderen Staaten ein Austritt ebenfalls per Votum abgestimmt und entschieden werden könnte.



EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker drohte aber schon: „Der Deserteur wird nicht mit offenen Armen empfangen“. Hinter vorgehaltener Hand ließen EU-Politiker wissen, dass ein Exempel statuiert werden könnte. Ziel: Nachahmer abschrecken.

Möglicherweise kann also ein konsequentes Vorgehen der EU hinsichtlich der Austrittsmodalitäten weitere Referenden oder Ausstiege anderer Staaten verhindern. Derzeit sind dies jedoch nur ungenaue Spekulationen und deren Ausgang bleibt abzuwarten.